20.04.2004

Antrag

der Fraktion der FDP

Für mehr Qualität auf der Schiene die Rechte der Bahnkunden stärken

Nach derzeitiger Rechtslage ist der Fahrgast der Deutschen Bahn AG lediglich Verbraucher zweiter Klasse. Während in anderen Wirtschaftsbereichen bei mangelhafter Leistung Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden können, ist die Bahn nach § 17 der Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO) von jeglicher Haftung für Ausfälle oder Verspätungen von Zügen befreit.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert daher die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, mit der die Rechtsverhältnisse zwischen Fahrgästen und Deutscher Bahn AG denjenigen in anderen Kunden- und Lieferantenbeziehungen gleichgestellt werden.

Begründung:

Im Herbst des vergangenen Jahres herrschten katastrophale Zustände im Schienenverkehrsangebot der Deutschen Bahn AG. Den zahlreichen Zugverspätungen und Zugausfällen mussten die wartenden und zudem unzureichend informierten Fahrgäste taten-, recht- und machtlos zusehen. Damit sich solche Zustände nicht wiederholen, muss der Kunde zum Mittelpunkt der Unternehmenspolitik der Bahn werden.

Zwar hat die Deutsche Bahn AG auf freiwilliger Basis eine so genannte „Kundencharta“ eingeführt, die ab Oktober 2004 geringfügige Schadenersatzansprüche vorsieht. Doch zum einen handelt es sich hierbei lediglich um Kulanzregelungen, die jederzeit wieder aufgehoben werden können. Und zum anderen gelten die Entschädigungszahlungen nur für den Fernverkehr. Wie der vergangene Herbst gezeigt hat, ist in Nordrhein-Westfalen aber das Angebot der Bahn im Nahverkehr das Hauptproblem.

Um die Rechte der Fahrgäste im Fern- wie im Nahverkehr tatsächlich zu stärken, muss die kundenunfreundliche Sonderstellung der Bahn durch Streichung der öffentlich-rechtlichen Haftungsausschlüsse in der EVO aufgehoben werden. Entsprechend dem privaten Rechtsverhältnis zwischen Verbraucher und Deutsche Bahn AG dürfen zivilrechtlich einklagbare Gewährleistungsansprüche nicht ausgeschlossen werden, wenn das Verschulden von Ausfällen und Verspätungen bei der Deutschen Bahn AG liegt. Die Entschädigungsansprüche

Datum des Originals: 20.04.2004/Ausgegeben: 20.04.2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

des bürgerlichen Rechts müssen auch für die Bahn gelten. Damit wird die Kundenorientierung des Unternehmens verbessert und die Schaffung eines zuverlässigen Schienenverkehrsangebotes gefördert.

Felix Becker
Karl Peter Brendel
Dietmar Brockes
Brigitta Capune-Kitka
Dr. Ute Dreckmann
Holger Ellerbrock
Horst Engel
Angela Freimuth
Dr. Stefan Grüll
Dr. Jens Jordan
Christian Lindner
Dr. Robert Orth
Dr. Jana Pavlík
Ingrid Pieper-von Heiden
Christof Rasche
Dr. Stefan Romberg
Joachim Schultz-Tornau
Jan Söffing
Marianne Thomann-Stahl
Prof. Dr. Friedrich Wilke
Ralf Witzel
Dr. Ingo Wolf